

Bezirksregierung Arnsberg erteilt Genehmigungen für zwei Gasleitungen im Raum Hamm, Werne und Bergkamen

Die Abteilung Bergbau und Energie in NRW der Bezirksregierung Arnsberg hat jetzt die Genehmigung für zwei von der Open Grid Europe beantragte Erdgasleitungen erteilt. Hintergrund für die Baumaßnahmen ist die Reduzierung der Gasimporte aus den Niederlanden. „Durch die Umstellungen der Gasleitungen von L-Gas (Low-Gas mit niedrigem Brennwert) auf H-Gas (H-Gas mit höherem Brennwert) kann die Versorgungssicherheit, die durch die angekündigten jährlichen Reduzierungen der L-Gas-Importe entstehen, auch weiterhin gewährleistet werden“, heißt es in einer Mitteilung der Bezirksregierung.

Das Projekt ist im von der Bundesnetzagentur bestätigten Netzentwicklungsplan 2018 bis 2028 als vordringlich aufgeführt. Mit den jetzt erteilten Planfeststellungsbeschlüssen können die Baumaßnahmen an den Gasversorgungsleitungen direkt beginnen.

Die Verfahren konnten mit Öffentlichkeitsbeteiligung innerhalb von 10 Monaten abgeschlossen werden. Beide Planfeststellungsbeschlüsse gewährleisten mit zahlreichen Nebenbestimmungen den Schutz von Menschen, Natur und Umwelt. Die Beschlüsse werden öffentlich bekannt gemacht. Die näheren Einzelheiten sind unter <https://www.bezreg-arnsberg.nrw.de/bekanntmachungen/index.php> abrufbar.

Anbindung der Versorgungsgebiete

Bei dem planfestgestellten Vorhaben der rd. 5,5-km-langen Gasleitung Hamm-Bergkamen handelt es sich im östlichen

Teilabschnitt um einen vollständigen Neubau in neuer Trasse von rund 3 km Länge. Im westlichen Teil um den Neubau in überwiegend vorhandenen Trassen mit rd. 2,5 km Länge.

Die neue Gasleitung führt mit der Anbindung des Versorgungsgebiets Bergkamen-Oberaden und der neuen Armaturenstation auf dem Gelände der Bayer AG Bergkamen im Westen zu der neuen Anbindung an die H-Gasleitung im Osten in Hamm über eine neue Station an der Kerstheider Straße.

Der rund 4-km lange Abschnitt von Werne-Stockum bis Hamm – Bockum-Hövel wird im westlichen Teilabschnitt über rd. 3,2 km vollständig neu gebaut und im östlichen Teil mit rd. 800 m Länge in vorhandener Trasse geführt.

Die neue Gasleitung dient auch zur Versorgung der Anbindung der Stadtwerke Hamm im Osten an der Gasregelstation Bülowstraße und einer Anbindung an die H-Gasleitung im Westen von Werne-Stockum über eine neue Station.

Termin für 1. Spatenstich für die neue AWO-Kita an der Berliner Straße steht: 13. Februar

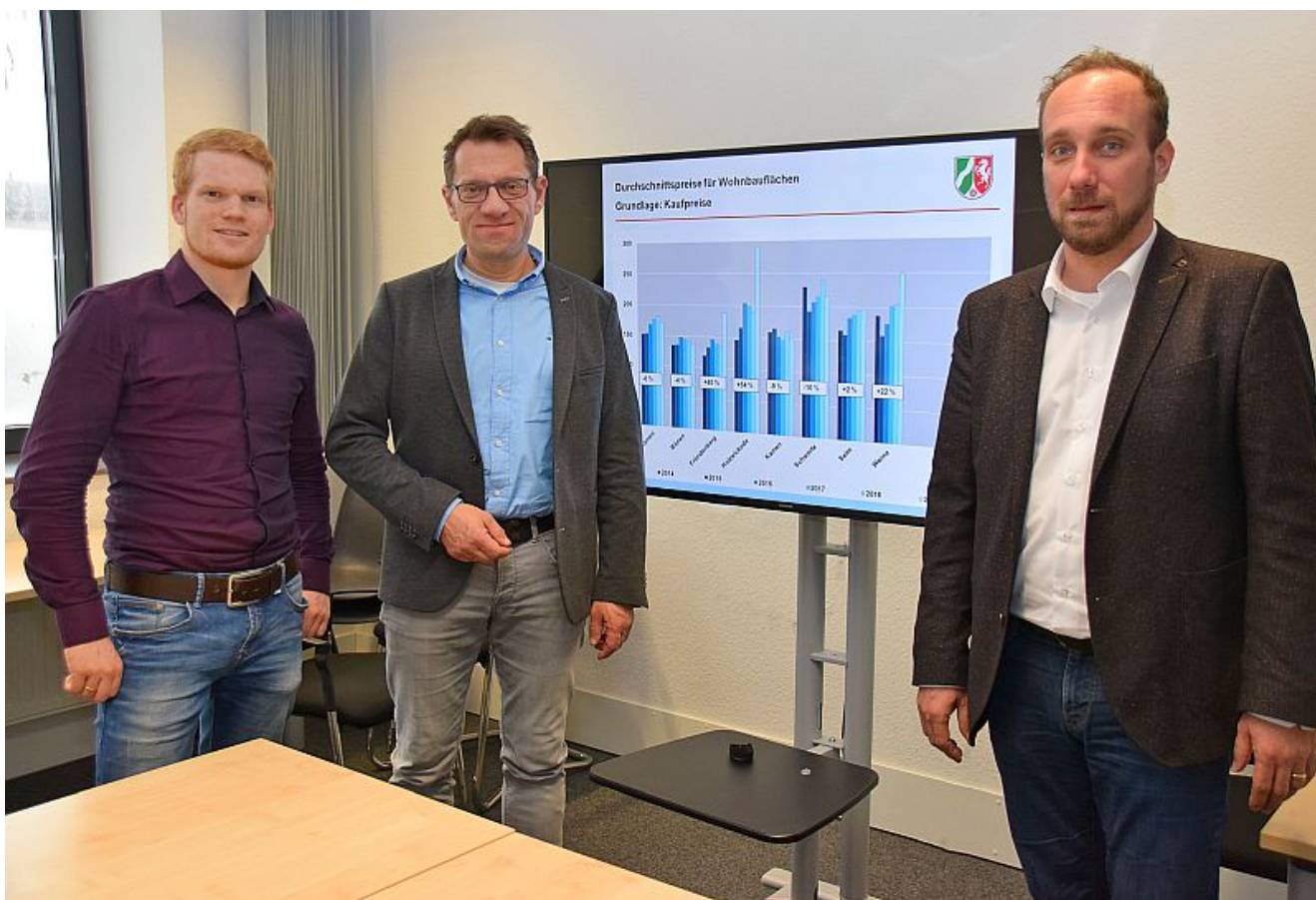
Nun kommt er doch schneller als gedacht: der neue Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt an der Berliner Straße in Weddinghofen.

Denn der Bauherr, die UKBS, lädt am kommenden Donnerstag, 13. Februar zum 1. Spatenstich ein. Zum Spaten Greifen unter anderem der Vorsitzende des UKBS-Aufsichtsrats Theodor Rieke

und der UKBS-Geschäftsführer Matthias Fischer, der Vorsitzenden des AWO-Unterbezirks Hartmut Ganzke und der Geschäftsführer Rainer Goepfert sowie Bürgermeister Roland Schäfer und der 1. Beigeordnete Dr. Hans-Joachim Peters.

Einen Namen hat die Kita auch schon: Vorstadtstrolche. Geplant ist nämlich, dass die AWO, sobald sich die Kita-Versorgungslage in Bergkamen entspannt hat, ihren bisherigen Standort an der Schulstraße 8 aufgeben wird.

Gutachter ziehen Bilanz: Grundstückspreise steigen weiter



Dominik Finsterbusch (Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte, l.), Martin Oschinski (Leiter der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte, 2.v.l.) und Jochen Marienfeld (Fachbereichsleiter Geoinformation und Kataster, r.) präsentieren die Daten. Foto: Max Rolke – Kreis Unna

Wer als Experte vor Jahren immer weiter steigende Grundstückspreise vorausgesagt hat, kann jetzt sagen: „Ich hatte recht.“ Denn wie schon im vergangenen Jahr bestätigt der Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Kreis Unna für das Jahr 2019 den Trend: Die durchschnittlichen Kaufpreise für Grundstücke klettern weiter.

Genauer gesagt steigen die Preise um 9 Prozent: „Bauplätze sind weiterhin knapp und in der Folge gehen Baulandpreise auch nach oben“, so Martin Oschinski, Leiter der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte. „Im Schnitt kostete der Quadratmeter Bauland im Kreis Unna 200 Euro. So teuer war es noch nie.“

Marktbeobachtung

Diese Rückschlüsse kann Oschinski ziehen, weil der Gutachterausschuss die Preise aller im Kreisgebiet (mit Ausnahme der Städte Lünen und Unna) verkauften Grundstücke ausgewertet hat. Am teuersten waren Wohnbauflächen 2019 in Holzwickede und Werne. Auf dem Grundstücksmarkt haben 2019 knapp 600 Millionen Euro ihren Besitzer gewechselt. Vor zehn Jahren war es die Hälfte. Seit 2014 jedes Jahr rasanter Anstieg.

Was tun also gegen immer weiter steigende Preise? Die Antwort liegt auf der Hand: Mehr Bauland schaffen. Und hier liegt Selm weit vorne. In den Jahren 2013 bis 2019 hat Selm 9 Bauplätze pro 1.000 Einwohner ausgewiesen, gefolgt von Fröndenberg/Ruhr (8) und Werne (6).

Bodenpreise

Doch nicht nur die Preise für Wohnbauflächen stiegen 2019 weiter. Auch die Preise für landwirtschaftliche Flächen kletterten von 5,43 Euro pro Quadratmeter auf 6,09 Euro. Hierzu zählen Acker- und Grünland. Dabei ist festzustellen, dass die Preise im Nordkreis stabil geblieben sind, wohingegen im restlichen Kreisgebiet die Preise stiegen. Bei den forstwirtschaftlichen Flächen ist eine Steigerung von 1,46 Euro pro Quadratmeter auf 1,61 Euro (plus 10 Prozent) zu verzeichnen. PK | PKU

Blockierte Geh- und Radwege durch Baustellen im Visier der Straßenverkehrsbehörden



Gehweg blockiert: Häufig kommt es vor, dass Baustellen Wege für Fußgänger unpassierbar machen. Auf bessere Lösungen legen die Straßenverkehrsbehörden im Kreis Unna verstärkt ihr Augenmerk. Foto: Michael Arnold – Kreis Unna

Baustellen im Straßenverkehr. Die kosten nicht nur viele Autofahrer Nerven, sondern sind für die schwächsten Verkehrsteilnehmer mitunter richtig gefährlich. Denn Baustellen befinden sich oft auch auf dem Gehweg. Darauf, dass Fußgänger diese sicher passieren können, legen die Straßenverkehrsbehörden im Kreis Unna jetzt verstärkt ihr Augenmerk.

„Fußgänger und Radfahrer werden bei der Planung und Ausführung von Arbeiten im Straßenraum schnell mal vergessen“, erklärt Michael Arnold, der in der Straßenverkehrsbehörde des Kreises für die Verkehrssicherung zuständig ist. Da werden Gehwege gesperrt, ohne dem Fußgängerverkehr eine sichere Ausweichmöglichkeiten anzubieten. „Häufig finden sich Fußgänger und Rad fahrende Kinder ungeschützt auf der Straße wieder“, wissen Arnold und seine Kolleginnen und Kollegen der Straßenverkehrsbehörden im Kreis Unna.

Diese Missstände waren ein Hauptthema auf der alljährlich stattfindenden gemeinsamen Dienstbesprechung der Vertreter der Straßenverkehrsbehörden im Kreis, zu der der Kreis jetzt eingeladen hatte. Vertreter aller zehn Kommunen im Kreisgebiet debattierten über Möglichkeiten, den Rechten der schwächeren Verkehrsteilnehmer noch mehr Gewicht zukommen zu lassen.

Engmaschige Kontrollen

Ob der Gehweg aufgemacht werden muss, weil Leitungen erneuert werden, Kräne für Privatbaustellen mitten im Weg stehen oder Platz für einen Lastenaufzug benötigt wird: Man war sich darüber einig, dass Baustellen im Fuß- und Radverkehrsbereich einer engmaschigen Kontrolle bedürfen. Auch sollen den Baufirmen Auflagen gemacht werden, die mobilitätseingeschränkten Personen die Nutzung eventueller

Notwege erleichtern sollen. Das kann beispielsweise durch Rampen an Bordsteinkanten geschehen.

„Das erforderliche Queren einer Fahrbahn sollte immer die letzte Lösung sein“, berichtet Michael Arnold, worüber sich alle einig waren. „Und dann müssen Ampeln, Überwege oder zumindest eine Geschwindigkeitsreduzierung die Baustelle absichern.“ Alle Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, Missstände bei den örtlichen Straßenverkehrsbehörden anzuzeigen.

Landrat fordert Lösung der Altschuldenfrage: „Land muss Farbe bekennen“

„Wenn nicht jetzt, wann dann.“ Das fragt sich Landrat Michael Makiolla angesichts der zögerlichen Haltung der Landesregierung bei der Altschuldenfrage: „Bundesfinanzminister Olaf Scholz ist bereit, einen Großteil der kommunalen Altschulden zu übernehmen. Die Landesregierung listet dagegen gute Taten der Vergangenheit auf und sitzt das Thema ansonsten aus.“

Strukturell unterfinanzierte Kommunen aus der gesamten Republik haben sich vor Jahren zum parteiübergreifenden Aktionsbündnis „Für die Würde unserer Städte“ zusammengeschlossen und machen seitdem erfolgreich Druck in Berlin. So hat Bundesfinanzminister Scholz zugesagt, die Hälfte der kommunalen Kassenkredite in Höhe von bis zu 40 Milliarden Euro zu übernehmen. Bedingung: Die Länder stimmen dem in einem nationalen Konsens zu und beteiligen sich ihrerseits.

Allein im Ruhrgebiet werden finanzschwache oder strukturell unterfinanzierte Kommunen nach einer Ende 2019 aufgemachten Rechnung des Regionalverbandes Ruhr (RVR) von Kassenkrediten in Höhe von 14,3 Milliarden niedergedrückt. „Ich erwarte deshalb von der Landeregierung, dass sie die historisch niedrigen Zinssätze nutzt, um zu günstigen Konditionen klamme Kommunen dauerhaft zu entlasten.“

Der Landrat richtet bei seiner Forderung nach der Lösung der Altschuldenfrage auch den Blick nach vorn. „Das Ende des Bergbaus hat ab Mitte der 1960er Jahre einen heute noch nicht abgeschlossenen Strukturwandel in Gang gebracht. Der bis spätestens 2038 vorgesehene Kohlausteig stellt uns wieder vor Herausforderungen“.

Die avisierte Finanzhilfe von 600 Millionen bis eine Milliarde Euro für den Kreis Unna und vier andere Städte im Revier wird nicht reichen, um die Region zukunftsfest zu machen, fürchtet Landrat Makiolla und ist sicher: „Wir müssen selbst gestalten, also auch selbst investieren. Dafür brauchen wir eine freie Spitze, wie sie mit Lösung der Altschuldenfrage erkennbar würde.“ PK | PKU

„Nationalen Projekt des Städtebaus“: 12 Meter hohes Grubenwasserhebewerk soll den Förderturm von Haus Aden

ersetzen



Ehemaliges Bergwerk Haus Aden

Die Tage des Förderturms auf dem ehemaligen Bergwerksgelände Haus Aden sind offensichtlich gezählt. Er soll abgerissen und durch ein 12 Meter hohes Grubenwasserhebewerk ersetzt werden. Geplant ist, dass dort nicht nur einfach das Grubenwasser gehoben wird, vielmehr soll seine geothermische Energie für die Versorgung der künftigen Wasserstadt Aden mit klimafreundlicher Wärme genutzt werden.

Einig sind sich Stadt, die RAG und die RAG Montan Immobilien, das neue Grubenwasserhebewerk zu einem „architektonischen Identifikationsort für den tiefgreifenden Wandel der ehemaligen Bergbaufläche“ zu gestalten. Das wird nach einer ersten Schätzung rund 2,7 Millionen Euro kosten. Der

Eigenanteil der Stadt betrüge rund 723.000 Euro.

Voraussetzung für die Umsetzung ist die Zahlung einer Zuwendung von rund 1,4 Mio. Euro. Dazu müsste das Grubenwasserhebwerk zu einem „Nationalen Projekt des Städtebaus“ werden.

Weiter heißt es in einer Vorlage für die nächste Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 11. Februar:

„Der Standort der ehemaligen Zeche Haus Aden in Bergkamen wird aktuell zur „Wasserstadt Aden“ entwickelt. Hier entsteht ein innovatives Wohn- und Arbeitsquartier, das bereits heute nationale und internationale Aufmerksamkeit erzeugt.

Auch nach Abschluss der Bergbautätigkeit ist das Heben des Grubenwassers an diesem Standort dauerhaft notwendig. Damit bietet sich die einmalige Chance, die geothermische Energie des Grubenwassers zur Beheizung der Gebäude zu nutzen. Die Wasserstadt Aden wird somit zum Pilotprojekt für die Nutzung dieser geothermischen Energie.

Für die Grubenwasserhaltung muss ein Hebewerk errichtet werden, das den Abriss des Fördergerüsts notwendig macht. Damit verschwindet das letzte sichtbare Zeichen der Bergbaugeschichte an diesem Standort. Das neue Hebewerk – mit einer Höhe von etwa 12 Metern städtebaulich exponiert – bietet die Chance, einen neuen architektonischen Identifikationsort zu schaffen, der für den tiefgreifenden Wandel der ehemaligen Bergbaufläche und darüber hinaus der Stadt und der ganzen Region steht:

- *Es verweist auf die bergbauliche Geschichte und gleichzeitig auf die verbleibende „Ewigkeitsaufgabe“.*
- *Das Hebewerk steht gleichzeitig für eine nachhaltige und CO2-neutrale Energieversorgung.*
- *Das Hebewerk symbolisiert damit eine „Brücke“ zwischen der fossilen Energiegewinnung der Vergangenheit und der Verwendung erneuerbarer Energie in der Zukunft.*

- Es steht gleichzeitig für die Geschichte und die Zukunft dieses Ortes. Das Hebewerk wird als Bauwerk somit zu einem wichtigen Bedeutungsträger.

Die neue Landmarke steht in einem inhaltlichen und räumlichen Zusammenhang zu den regional, national und international bedeutsamen Vorhaben Internationale Gartenausstellung (IGA) 2027 und Wasserstadt Aden und kann als Impuls- und Beispielprojekt für ähnliche Entwicklungen auf bergbaulichen Konversionsflächen dienen.

Daher wird eine besondere architektonische Gestaltung dieses exponierten Gebäudes erwartet. Mit der Wasserstadt Aden und der IGA 2027 sind hohe Qualitätsstandards an Städtebau, Baukultur und Bürgerbeteiligung eingeführt. Die Architektur des Hebewerks soll an diesen Qualitätsanspruch anknüpfen.

Bereits in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Strukturwandel und Wirtschaftsförderung am 13.03.2018 hatte ein hochrangiger Vertreter der RAG die Bereitschaft erklärt, auf Gestaltungswünsche der Stadt bzw. der RAG MI einzugehen, damit das technische Bauwerk dem Premiumstandort der Wasserstadt gerecht wird.

Der Bau des Grubenwasserhebewerkes ist ein notwendiges Projekt im Zusammenhang mit den Ewigkeitsaufgaben des Bergbaus. Die Planungen der technischen Anlagen sind nahezu abgeschlossen. Für die zwingende Einhausung des Hebewerkes liegt die Planung einer geschlossenen und farbig gestalteten Hülle vor, welche die Mindestanforderungen des Schutzes der technischen Einrichtungen bietet, darüber hinaus die oben geschilderten besonderen städtebaulichen und architektonischen Ansprüche jedoch bislang nicht erfüllt.

Mit dem städtebaulichen und architektonischen Anspruch an die Gestaltung des Grubenwasserhebewerkes sind Mehrkosten verbunden. Die Verwaltung hat daher Möglichkeiten der Förderung geprüft und eine Ideenskizze zur Fördermaßnahme

„Nationale Projekte des Städtebaus“ an die Bundesanstalt für Bauwesen und Raumordnung eingereicht.“

Wochen der Kooperation in Weddinghofen vom 03. bis 14.02.2020

Es gibt im Ortsteil Weddinghofen viele Institutionen und Vereine, welche die verschiedensten Angebote für Familien machen. Auf unterschiedliche Art und Weise wird versucht die Bedingungen für die Familien im Sozialraum positiv und lebenswert zu gestalten.

Deshalb haben schon vor einigen Jahren, auf Einladung von Ludger Kortendiek vom Jugendamt Bergkamen, viele Weddinghofener Akteure beschlossen, stärker zusammenzuarbeiten und ihre Kräfte zu bündeln. Daraus ergaben sich regelmäßige Sozialraumkonferenzen, bei denen es stets zu einem anregendem Austausch und einzelnen Kooperationen kam. Um die gemeinsame Arbeit zu intensivieren, wurden bei der letzten Konferenz im Juli 2019, die „Wochen der Kooperation“ ins Leben gerufen, welche jetzt erstmals vom 3. bis zum 14. Februar in Weddinghofen stattfinden.

Verschiedene Einrichtungen laden die Mitarbeiter*innen anderer Institutionen aus Weddinghofen zu sich ein, präsentieren ihre Arbeit und Räumlichkeiten und sind offen für Fragen und Austausch. Sicherlich werden sich neue Themen finden und vielleicht sogar konkrete Projekte entwickeln.

Zum Auftakt wird es am Montag, dem 3. Februar, 16 bis 17:30 Uhr, ein offenes Café für die Akteure in den Räumen der Ganztagsbetreuung der Pfalzschule in Weddinghofen geben. Ganz

ohne Tagesordnung gibt es die Möglichkeit für Gespräche und die verschiedenen gegenseitigen Einladungen werden ausgetauscht.

Auch die zuständige Beigeordnete der Stadt Bergkamen Christine Busch, der Jugendamtsleiter Ludger Kortendiek sowie die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Martina Bierkämper haben ihr Kommen angekündigt.

Grüne fordern, das Bebauungsplanverfahren BK 123 „Bambergstraße / Am Kiwitt“ zu stoppen



So hat sich der Architekt der UKBS das generationenübergreifende Wohnprojekt der UKBS südlich von

Baubetriebshof und Feuerwehr vorgestellt. Möglich ist es, dieses Projekt an anderer Stelle im Stadtgebiet zu realisieren.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen fordert die Einstellung des Bebauungsplanverfahrens BK 123 „Bambergstraße / Am Kiwitt“ und wird im Stadtrat einen entsprechenden Antrag stellen. Gegen eine Bebauung des Kiwitt-Parks hat sich eine Bürgerinitiative gebildet. Ursprünglich hatte die UKBS geplant, auf diesem Gelände ein Mehrgenerationenprojekt zu realisieren. Das kommunale Wohnungsbauunternehmen habe aber inzwischen signalisiert, dass sie auf einem anderen Gelände bauen möchte. Eine Notwendigkeit für ein Bebauungsplanverfahren bestehe deshalb nicht, erklärt die Fraktion

In der Antragsbegründung heißt es:

„Angesichts der Auswirkungen des Klimawandels mit zunehmenden Extremwetterereignissen ist es notwendig, mit den noch vorhandenen Freiflächen sorgsam umzugehen. Neben dem Schutz des Freiraums muss auch dem Erhalt innerstädtischer Grünflächen mehr Bedeutung zugemessen werden. Diese Flächen haben sowohl auf das Binnenklima als auch auf die Versickerung von Niederschlägen positive Auswirkungen.

Darüber hinaus sind sie ein wichtiger Faktor für Lebensqualität, Naherholung und die Gesundheit der Menschen im Stadtviertel.

Die Grünfläche am Kiwitt ist aus den genannten Gründen als solche zu erhalten.

Die Fläche ist im Flächennutzungsplan als Grünfläche ausgewiesen. Eine Notwendigkeit, diese für eine mögliche Bebauung zu überplanen, besteht nicht. Die UKBS, die Interesse an der Bebauung dieser Fläche hatte, hat zwischenzeitlich deutlich gemacht, dass sie die beabsichtigte Bebauung an anderer Stelle zu realisieren beabsichtigt. Auch die Haushaltslage der Stadt erfordert keine Veräußerung dieser Fläche.

Durch die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum jetzigen Zeitpunkt können personelle Ressourcen in der Bauverwaltung anderweitig genutzt werden; außerdem werden die Kosten für Gutachten (u. a. hinsichtlich der Umweltverträglichkeit) eingespart.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragt darüber hinaus zu prüfen, wie die Grünfläche als Naherholungsbereich ökologisch und in der Aufenthaltsqualität aufgewertet werden kann. Dabei soll ein Teil der Fläche als Bolzplatz erhalten und der Spielplatz mit neuen Spielgeräten attraktiver gestaltet werden.“

Bürgerbüro, Standesamt und Stadtbibliothek am Samstag geschlossen

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bergkamener Stadtverwaltung sind am kommenden Samstag, 1. Februar, zu einer Personalversammlung eingeladen. Deshalb bleiben an diesem Tag das Bürgerbüro, das Standesamt und die Stadtbibliothek geschlossen.

Kranzniederlegung am

ehemaligen KZ Schönhausen: Die große Mehrheit darf nicht wieder gegenüber Hass, Hetze und Gewalt schweigen



Bürgermeister Roland Schäfer legte mit den Vertretern alle Ratsfraktion an der Gedenkstätte Schönhausen am 75 Jahrestag der Befreiung von Auschwitz einen Kranz nieder.

Der 27. Januar ist seit 1996 der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. An diesem Tag vor genau 75 Jahren im Jahr 1945 befreite die Rote Armee das KZ Auschwitz, das als Synonym für die Ermordung von sechs Millionen Juden durch das NS-Regime gilt. Aus diesem Anlass legte Bürgermeister Roland Schäfer am Montagnachmittag mit Vertretern des Stadtrats einen Kranz an der Gedenkstätte Schönhausen nieder.

Dort im ehemaligen Wohlfahrtsgebäude der Bergarbeitersiedlung,

das heute von der Ev. Freikirchlichen Gemeinde Bergkamen als Gemeindehaus benutzt wird (Oberlinhaus), hatten die Nazis von April bis Oktober 1933 ein Konzentrationslager für den Kreis Unna und Hamm eingerichtet. Rund 900 Frauen und Männer, die dem NS-Regime kritisch gegenüber standen und auch größtenteils dem Widerstand angehörten, wurden dort zeitweise inhaftiert und gequält. Für viele war Schönhausen die erste Station eines langen Leidenswegs, der sie in größere KZ wie in Brauweiler bei Köln oder im Emsland führte.

Hass und Hetze und auch Gewaltanwendungen hätten damals zum Aufstieg der Nazi beigetragen, erklärte Bürgermeister Schäfer. Auch heute gebe es wieder Hass und Hetz und Gewalt. Nur dürfe es nicht wieder dazu kommen, dass die große Mehrheit wie damals dazu schweigt. Dies sei die Lehre, die die Gesellschaft heute aus diesem Teil der Geschichte ziehen müsse.

Mehr über das „Konzentrationslager Schönhausen“ finden Sie in dem Artikel „Vor 80 Jahren begann der Nazi-Terror im KZ Schönhausen“, der im „Bergkamen-Infoblog“ erschienen ist.

SPD Ortsverein Weddinghofen-Heil lädt am Samstag ein zur AnsprechBar

Am kommenden Samstag, 1. Februar, in der Zeit von 10:30 bis 11:30 Uhr ist der SPD Ortsverein Weddinghofen-Heil wieder vor Ort in Weddinghofen um seine regelmäßige Bürgersprechstunde in Form der AnsprechBar anzubieten. Vor der Barbara Apotheke stehen unter anderem Ratsmitglied Simone Leuthold-Haverkamp und Ortsvorsteher Dirk Haverkamp für Fragen, Anregungen und Gespräche zur Verfügung.

Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich aufgerufen und eingeladen ihre Anliegen im Rahmen der Bürgersprechstunde bei der örtlichen SPD zu platzieren. Die SPD in Weddinghofen bietet alle vier Wochen interessierten Bürgern die Gelegenheit im Rahmen einer Sprechstunde mit den lokalen Politikern der SPD im Austausch zu bleiben. Die nächste AnsprechBar findet 07.03. 2020 statt.